

Mirosław Dymarski: Ziemie postulowane (ziemie nowe) w prognozach i działaniach polskiego ruchu oporu 1939–1945. [Die postulierten (neuen) Gebiete in den Prognosen und Aktivitäten der polnischen Widerstandsbewegung 1939–1945.] (Acta Universitatis Wratislaviensis, Nr. 1932.) Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego. Wrocław 1997. 215 S., dt. Zufass.

Władze komunistyczne wobec Ziem Odzyskanych po II wojnie światowej. Materiały z konferencji. [Die kommunistischen Machthaber und die Wiedergewonnenen Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg. Materialien einer Konferenz.] Hrsg. von Stanisław Ła ch. Verlag Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Słupsku. Słupsk 1997. 326 S.

Im Mittelpunkt der beiden Bände stehen Vorgeschichte und Verwirklichung der Integration der ehemaligen deutschen Ostgebiete in den polnischen Staat. M. Dymarski dokumentiert in einer Studie, die auf seiner Dissertation an der Breslauer Universität beruht, die phasenhaft verlaufende gedankliche Vorbereitung auf die Übernahme jener Gebiete, die in Form von Presseartikeln sowie Denk- und Streitschriften aus verschiedenen Lagern vorliegt. Dabei legt er besonderen Wert darauf, die Programme vor dem Hintergrund der Struktur und der Aktivitäten des polnischen Untergrundstaates zu analysieren und die Entstehung der einzelnen Institutionen, die diese Programme ausarbeiteten, historisch einzuordnen.

Der Vf. kommt zu dem Schluß, daß der Gedanke einer Verschiebung der Westgrenze bis an die Oder und die Ostsee, eines der grundlegendsten Kriegsziele Polens, in drei evolutionären Schritten entstand: Ein erstes Programm wurde in den Jahren 1940 bis 1943 vom rechtsgerichteten Nationalen Lager entwickelt, das nicht nur die Ausdehnung bis zur Oder beinhaltete, sondern gleichfalls nach Osten strebte und die alte Machtposition Polens in Ostmitteleuropa wiederherstellen wollte. Ihm folgten in den Jahren 1942 bis 1944 die Vorstellungen des Untergrundstaates, vor allem der Delegatur der Londoner polnischen Exilregierung in Polen. In ihnen spielte die praktische Besiedlung der Westgebiete eine ebenso wichtige Rolle wie die Haltung der Alliierten. Abgelöst wurden sie von den eng an der sowjetischen Politik orientierten Gedanken der späteren kommunistischen Machthaber Polens aus den Jahren 1944/1945.

Diese letzte Phase des polnischen Territorialprogramms, die den Verlust der polnischen Ostgebiete einschloß, wurde trotz der vom Vf. aufgezeigten Widersprüche realisiert. Indem er die Einflüsse betont, die die internationale Situation, die gesellschaftlichen Stimmungen unter Kriegsbedingungen, die Änderungen in der demographischen Struktur der polnischen Bevölkerung und ihre physischen und psychischen Belastungen auf die Evolution des Programmes für die Westgebiete hatten, entflechtet D. die komplexen Strukturen der Zukunftsvorstellungen und zeigt, daß sie nicht in einem Vakuum entstanden.

Wie die Kommunisten ihr Monopol in Politik und Wirtschaft in den neuen Nord- und Westgebieten schließlich auf- und ausbauten und die Prinzipien ihrer Nationalitätenpolitik gegenüber der deutschen, ukrainischen und einheimischen Bevölkerung bis in die 1950er Jahre durchsetzten, ist Gegenstand des zweiten Bandes, der aus einer Konferenz in Stolp hervorgegangen ist. Neben diesen beiden Themenkomplexen werden die Rolle der Roten Armee in den Nord- und Westgebieten sowie die Beziehungen zwischen Staat und Kirche angesprochen.

Die zwanzig sehr heterogenen und zum Teil regional eng begrenzten Beiträge vereint der Anspruch, bislang bereits zugängliche Quellen neu zu interpretieren oder neue Quellen heranzuziehen, um ein realistischeres Bild der Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg zu zeichnen. Unter anderem unterliegen so die Arbeit des Sicherheitsdienstes in den Nord- und Westgebieten, die Konkurrenzsituation der Parteien und die Sejm-Wahlen 1947 einer Neubewertung. Gleiches gilt für die kommunistische Nationalitätenpolitik und die Aussiedlung der deutschen und der einheimischen Bevölkerung, die

durch die Beiträge von B. Nitschke und Z. Romanow, der bereits in mehreren Studien dieser Thematik sehr kenntnisreich nachgegangen ist, bis in die 1950er Jahre verfolgt wird. Einer besonderen wissenschaftlichen Tabuisierung unterlag die Rolle der Roten Armee bei der Übernahme und anfänglichen Bewirtschaftung der neuen Gebiete. Während in früheren Darstellungen ihre vermeintlich helfende Funktion hervorgehoben oder sie ganz verschwiegen wurde, zeigen St. Łach und M. Golon, daß sie sich in vielen Fragen – wie der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Betrieben, dem Einsatz von deutschen Arbeitskräften oder der Nutzung von Strom und Gas – nicht an bestehende Verträge hielt und den Aufbau der polnischen Verwaltung und Wirtschaft behinderte.

Beide vorliegende Bände liefern wichtige thematische Anstöße für eine Neuinterpretation der Geschichte der polnischen Politik in den Nord- und Westgebieten.

Berlin

Katrin Steffen

Dariusz Jarosz: Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948–1956 a chłopi. [Die Politik der kommunistischen Behörden in Polen in den Jahren 1948–1956 und die Bauern.] Wydawnictwo DiG; Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk. Warszawa 1998. 542 S., zahlr. Tab. i. T.

Nach der zumindest teilweisen Öffnung der staatlichen und der Parteiarchive in den bisher von Kommunistischen Parteien regierten Staaten Europas ist nach 1989 eine ganze Reihe historischer Arbeiten entstanden, die die politische Geschichte einzelner kommunistischer Staaten zum Gegenstand hatten. Was bisher kaum untersucht wurde, ist die wechselseitige Wirkung der umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungsversuche der kommunistischen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Reaktionen der Gesellschaft auf diese tiefgreifenden Veränderungen. Dariusz Jarosz stellt sich in seiner umfangreichen Arbeit der Aufgabe, den Versuch der polnischen Behörden zu analysieren, in der Hochzeit des Stalinismus (1948–1956) die Landwirtschaft dem sowjetischen Organisationsmuster anzupassen. Er tut dies auf der Basis bisher nicht erschlossenen äußerst reichhaltigen Quellenmaterials aus Archiven von Parteigremien sowie staatlichen und sonstigen Behörden von der zentralstaatlichen bis zur lokalen Ebene, Memoirenliteratur vor allem von Landbewohnern sowie einer umfangreichen polnischen wie internationalen Sekundärliteratur.

Neben Einleitung und Schluß baut J. seine Arbeit in sechs Kapiteln auf, die die wichtigsten Problemfelder abhandeln und diese aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten: von seiten der kommunistischen Partei- und Staatsorgane sowie ausführlich auch aus der Perspektive der Betroffenen, der Bauern. Es macht die Besonderheit der Arbeit aus, daß der Vf. einerseits die verschiedenen Methoden und Praktiken zeigt, mit denen die Bauern zum Beitritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften veranlaßt werden sollten, daß er andererseits aber auch belegen kann, daß ein solcher Beitritt für einen Landwirt sehr wohl die Wahl des „geringeren Übels“ sein konnte, dem sogleich eine Reihe von Verteidigungsstrategien folgte. Zugleich wird deutlich, vor welche Schwierigkeiten die Reaktionen der Bauern die politisch Verantwortlichen stellten. Mit einer Fülle von Statistiken, tabellarischen Übersichten usw. werden zum Teil für jedes Jahr des Untersuchungszeitraums bis ins kleinste Detail Zwangsabgaben der Bauern, steuerliche Belastungen, unterschiedliche Ernteerträge etc. nachgewiesen, wobei teilweise auch Aufschlüsselungen nach Wojewodschaften vorgenommen werden, die regionale Differenzierungen auch bei der Strategie sichtbar werden lassen, die Bauern zum Beitritt in die Genossenschaften zu bewegen.

Gleichzeitig werden grundlegende soziale Umgestaltungen auf dem Lande herausgearbeitet. Dabei wird u. a. deutlich, daß die große Alphabetisierungskampagne Ende